

Jörg Muhlack redet Klartext

## Landesausschusssitzung der DPolG in Kiel

Zu der turnusmäßigen Landesausschusssitzung der DPolG Schleswig-Holstein am 22. November 2012 in Kiel hatte der Landesvorsitzende Torsten Gronau den Abteilungsleiter „Polizei“ im Innenministerium, Jörg Muhlack, zu einem informatorischen Gespräch und Meinungsaustausch eingeladen.

Als weiteren Gast in der Sitzung konnte die Landesbundvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (dbb) Schleswig-Holstein, Anke Schwitzer, begrüßt werden.

In dem in ausgesprochen offener und kollegialer Atmosphäre durchgeführten, etwa zweistündigen Gespräch mit Jörg Muhlack konnte der Abteilungsleiter zu den aktuellen Fragen und Problemen innerhalb der Landespolizei, aber darüber hinaus auch zu Fragen der Innen- und Rechtspolitik aus dem Ministerium, einige Informationen wiedergeben sowie auch Neuigkeiten berichten.

So wies er zu Beginn seines Vortrages darauf hin, dass die Probleme im Landes- und somit auch im Polizeihaushalt, welche vorrangig durch die

verfassungsmäßig verankerte sogenannte „Schuldenbremse“ bedingt seien, auch weiterhin zu nicht unerheblichen Einschränkungen und Schwierigkeiten führen.

Trotzdem sei es gelungen, das Strukturpaket für 2013, welches unter anderem zu etwa 600 bis 650 Beförderungen (schwerpunktmäßig zu Polizeihauptmeister mit Amtszulage sowie Polizeioberkommissaren) zu den Stichtagen 1. Januar und 1. März führen wird, auf den Weg zu bringen.

Hinsichtlich der Stellenplanobergrenzen wies Jörg Muhlack darauf hin, dass hier die Polizei im Land schlechter gestellt sei als die Finanzverwaltung und Justiz.

Bei der Kfz-Ausstattung der Landespolizei konnte laut Muhlack eine nennenswerte Verbesserung erzielt werden. So würden bis zum Jahr 2020 insgesamt 97 Millionen Euro hierfür investiert.

Im Bauhaushalt für beispielsweise die Sanierung des 1. Polizeirevieres Lübeck, den Anbau beim Polizei-Autobahnrevier Scharbeutz und des Einsatztrainingszentrums der PD AFB würden zwischen 40 und 50 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Als sehr problematisch skizzierte der Abteilungsleiter dann den von der Landesregierung angestrebten Personalabbau in der Landesverwaltung. So muss das Innenressort bis zum Jahr 2020 nach derzeitigem Stand 500 Stellen einsparen. Wo genau diese Steleneinsparungen herkommen könnten, sei derzeit völlig un-



> Landesausschusssitzung der DPolG

klar. Klar sei nur, so Muhlack, dass Einsparungen bei der Polizeiverwaltung auch immer zugleich eine Mehrbelastung für den Vollzugsbereich bedeuten beziehungsweise unmittelbar auf den Vollzug durchschlagen würden. Jedenfalls seien derzeit wenigstens für das Jahr 2013 keine Personalkürzungen bei der Polizei geplant.

Zur Einstellungs- und Ausbildungssituation in Eutin und Altenholz gab der Abteilungsleiter zur Kenntnis, dass der Landespolizei außerordentlich starke Einstellungsjahrgänge bevorstünden. In 2013 würden 235 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt, im Jahr 2016 werden es voraussichtlich über 300 sein. Insgesamt sei zudem festzustellen, dass sich die Landespolizei Schleswig-Holstein einem wachsenden Konkurrenzdruck im Vergleich zu benachbarten Bundesländern und der Bundespolizei stellen muss. Umso schwieriger werde die Situation durch eine wachsende Anzahl von Ausbildungsabbrechern sowie einer ebenfalls ständig größer werdenden Zahl von Bewerbern, die aus fachlichen, persönlichen oder gesundheitlichen Gründen als „polizeidienstuntauglich“ anzusehen

seien. Zur Entspannung der beschriebenen Situation sei man laut Muhlack in der Überlegung, gegebenenfalls die bis dato geltenden Einstellungsbedingungen zu lockern.

Hinsichtlich der Personalsituation in der Polizei gab Jörg Muhlack weiterhin an, dass die vorherrschende Personalknappheit seiner Meinung nach zwangsläufig zur Folge habe, dass die Politik die Aufgabenspanne für die Polizei spürbar reduzieren und das vorhandene Personal damit entlasten müsse.

Als „Kern der polizeilichen Arbeit“ werde zukünftig verstärkt der Bereich Einsatz und Ermittlungen anzusehen sein. Alles andere, so Muhlack, also auch der Bereich der Prävention sowie Verkehrsüberwachung, müsse infrage gestellt werden.

Schließlich berichtete der Abteilungsleiter von der im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes neuen beziehungsweise modifizierten Dienstpostenbewertung für den gehobenen Dienst. Diese würde unter anderem zu einer höheren Anzahl von Dienstposten der Kategorie „F“ führen. Jedoch sei zukünftig nicht

### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0451.491597  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.5192221

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
ISSN 0937-4841



mehr jeder F-Dienstposten mit einer eindeutigen Beförderungsaussicht zum Polizeihauptkommissar versehen.

Als unproblematisch bezeichnete Jörg Muhlack die von Minister Breitner angestrebte Zusammenlegung von Polizeiabteilung im Ministerium und Landespolizeiamt. Die Doppelung von Posten und Zuständigkeiten in beiden Häusern sei verzichtbar und zudem werde es in Schleswig-Holstein auch zukünftig keine politischen Beamten geben, die in allzu großer Abhängigkeit von der Landesregierung stehen könnten.

Deutliche Worte kamen von Jörg Muhlack dann auch zu einem der derzeit wohl aufregendsten Themen – dem Abbau des ländlichen Dienstes durch Auflösung von zahlreichen kleinen Polizeistationen (hier vorwiegend in den Bereichen Steinburg, Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig). Einerseits beschrieb er diesen Schritt als „notwendig und daher richtig“. Es gäbe, so Muhlack, keine Alternativen angesichts der von der „Kramer-Kommission“ errechneten Ungleichgewichte im Land sowie der gleichzeitig auf unabsehbare Zeit vorherrschenden Personalknappheit.

Andererseits machte der Abteilungsleiter keinen Hehl aus seiner persönlichen Meinung, dass nämlich entgegen gelegentlich anderslautender Äußerungen aus der Politik der Abbau des ländlichen Dienstes sehr wohl einen „Rückzug aus der Fläche“ bedeuten würde. Im Rahmen einer sich insbesondere zu diesem Punkt anschließenden lebhaften Diskussion machte Torsten Gronau deutlich, dass man sich vonseiten der DPolG wünschen würde, ähnlich deutlich würden sich auch die in den beschriebenen Landesteilen

verantwortlichen Polizeiführer gegenüber den Kolleginnen und Kollegen sowie der Presse äußern. Man habe als Gewerkschaft wenig Verständnis für das Schönreden von Mangelzuständen durch leitende Polizeibeamte.

Als für 2013 auf der Agenda stehendes Vorhaben bezeichnete Jörg Muhlack weiterhin die Reform der Erschwerniszu-lagenverordnung. Allerdings dämpfte er hier die Erwartungen, denn diese Reform müsse sozusagen kostenneutral geschehen und eine Erhöhung der Sätze für „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ sei nicht vorgesehen. Vielmehr würde es zu einer Neuberechnung der Sätze kommen, die dann für einige (beispielsweise Beamte in Spezialeinheiten, ZSK oder der 1. Einsatzhundertschaft Eutin) zu mehr Gerechtigkeit führen würde.

Ein weiterer „Aufreger“ in der Landespolizei, die Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen, wurde ebenfalls von Muhlack thematisiert. Ebenso wie die DPolG beschreibt, äußerte auch der Abteilungsleiter, dass es seiner Meinung nach kein sachlich begründetes Erfordernis für die Einführung der Kennzeichnungspflicht gäbe. Gleichwohl werde diese als Teil des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung (und zwar trotz Ablehnung des Erlasses durch den Hauptpersonalrat) kommen.

Die derzeitigen Bestrebungen der Landespolitik zur Schaffung eines landeseigenen Versammlungsgesetzes, was nach der Förderalismusreform ja möglich ist, beschrieb Muhlack als „nicht wichtiges Vorhaben“. Zwingende Gründe für die eilige Schaffung eines eigenen Landesgesetzes gäbe es eigentlich gar nicht.

Der DPolG-Landesvorsitzende bedankte sich nach einer sich anschließenden Aussprache bei dem Gast für die offenen Worte. Ein auch weiterhin regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen Ministerium und DPolG wurde vereinbart.

Im weiteren Verlauf der Sitzung konnte dann auch die dbb-Landesbundvorsitzende Anke Schwitzer in der Runde des DPolG-Landesausschusses begrüßt werden. Diese kam unmittelbar von einem längeren Gespräch mit Ministerpräsident Torsten Albig (SPD). Sie konnte hieraus berichten, dass der MP zur Frage der Übernahme des im Frühjahr 2013 auszuhandelnden Tarifergebnisses auf die Landesbeamten durchaus positiv geäußert hätte. Laut Anke Schwitzer hätte sich der MP dahingehend eingelassen, dass man den zuvor in der Presse lancierten diesbezüglichen Äußerungen anderer Politiker („Nullrunde für Beamte“) nicht glauben solle. Vielmehr werde auch die neue Landesregierung so handeln „wie bisher üblich“ und demzufolge würden auch die Beamten von dem Ergebnis der Tarifverhandlungen partizipieren.

Zudem hätte Torsten Albig in dem Gespräch mit der dbb-Spitze geäußert, dass es ihm wichtig sei, dem Personal im öffentlichen Dienst mehr Wertschätzung entgegen zu bringen als bisher geschehen. Konkret äußerte der MP, dass er die von der Vorgängerregierung beschlossene Abschaffung der Jubiläumszulage für falsch halte.

Anke Schwitzer führte in ihrem Vortrag weiterhin Wissenswertes und Neuigkeiten zum Beamten- und Tarifrecht aus. So berichtete sie, dass über die Auswirkungen der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts



> Abteilungsleiter im IM, Jörg Muhlack

tes zur Unzulässigkeit der Staffelung von Urlaubsanspruch nach Lebensalter auch in den kommenden Tarifverhandlungen der Länder beraten werden wird. In Schleswig-Holstein gäbe es jedenfalls diesbezüglich keine abschließende Regelung.

Bezüglich der sogenannten „altersdiskriminierenden Besoldung“ würden laut Schwitzer zukünftig die Dienstaltersstufen durch Erfahrungsstufen ersetzt. Darüber hinaus liege der Streitfall derzeit zur Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof. Es bliebe abzuwarten, welche Entscheidung dort gefällt würde.

Letzteres gelte auch unter anderem zum beim Verwaltungsgericht (VG) Schleswig vorliegenden Sachverhalt der „Amtsan-gemessenen Alimentation“. Hier führt der dbb Schleswig-Holstein eine Musterklage, wo es unter anderem um die Zulässigkeit der Streichung von Sonderzuwendungen wie dem Weihnachtsgeld geht. Laut Anke Schwitzer lägen momentan bundesweit etwa 2 000 diesbezügliche Anträge bei Verwaltungsgerichten vor. Das schleswig-holsteinische VG hat die hier vorliegenden Verfahren bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in dieser Sache ruhend gestellt.

Thomas Nommensen



## Erste konkrete Auswirkungen mangelnder Personalausstattung der Landespolizei stehen unmittelbar bevor

# Das Ende der kleinen Polizeistationen

### Direktion muss 41 Stellen abbauen und schließt 15 Polizeiposten in Steinburg und Dithmarschen

So berichtete die „Norddeutsche Rundschau“ am 8. November 2012.

Offenbar bei Gelegenheit der persönlichen Vorstellung des zu dieser Zeit designierten neuen Behördenleiters beim Dithmarscher Polizeibeirat wurde dies durch den Leiter des Stabsbereiches 1 der Polizeidirektion Itzehoe erstaunlich offen ausgeführt:

Bei der Polizeidirektion Itzehoe werden sukzessive 41 Polizeibeamtinnen und -beamte abgebaut, das heißt, mehr als zehn Prozent des heutigen Personals (darüber hinaus drei Kriminalbeamte und zwölf Angestellte). Es sei daher eine Umstrukturierung erforderlich, auch seien 15 Polizeistationen aufzulösen.

Das Warum wird jedoch nicht korrekt erläutert oder widergespiegelt, denn die Wahrheit ist umfassender:

Die Polizei in ländlichen Räumen war 1998 entgegen fachlicher Kompetenz „politisch befohlen“ neu organisiert worden (in Steinburg entfielen die bis dahin autark und erfolgreich funktionierenden Reviere Glückstadt und Kellinghusen, die Polizei-Zentralstationen Glückstadt, Kellinghusen und Wilster entstanden; in Dithmarschen entstanden auf dem Gebiet der ehemaligen Reviere Heide, Meldorf und Brunsbüttel eine Vielzahl von deutlich unterschiedlich personalstarken Polizei-Zentralstationen – gleich insgesamt ausgestattet

mit weniger Personal bei gleichen Aufgaben). Gerade erst durch diese Veränderungen (Reform II genannt) entstand der jetzt beklagte Zustand mangelnder Selbstständigkeit und des erhöhten überörtlichen Koordinierungsaufwands zur Gewährleistung einer steten Mindestpräsenz. Betroffen schien damals vermeintlich nur die Führungsebene, tatsächlich war es ein erheblicher Einbruch ins Funktionsgefüge. Dass dies trotz erheblicher interner Umsetzungsschwierigkeiten für die Bürger kaum spürbar wurde, ist weitgehend einmal mehr dem selbstverständlichen und selbstlosen „Noch-Mehr“-Einsatz sowie dem weiterhin – und dennoch – besonderen Verantwortungsverständnis der Kolleginnen und Kollegen des ländlichen Dienstes geschuldet. Es ging dennoch gut, weil die allermeisten der ortsnahen Polizeistationen nicht unmittelbar berührt waren.

Was jetzt im Prinzip erfolgt, ist also zunächst nichts anderes als die späte Korrektur damaliger Fehlentscheidungen (fast überall im Land werden wieder personalstärkere Polizeireviere hergestellt). Diese „Reform der Reform“ war auch bei der PD Itzehoe ohnehin beabsichtigt (zwei Reviere in Dithmarschen, zwei in Steinburg). Auf die Frage eines so richtigen Neuzuschnitts gehe ich hier nicht ein. Jetzt sollen (müssen?) es, wegen der bevorstehenden, die Angelegenheit noch erschwerenden vorgesehenen Personalreduzierung, zum Teil Kreis-

grenze überschreitend nur noch drei werden (Heide, Brunsbüttel und Itzehoe). Zentraler Einsatz wird einmal mehr als „Zauberwort“ genannt. Ein Zusammenwachsen wird lange dauern und wahrscheinlich nicht wirklich gelingen. Generell ist der Weg auf dieser Ebene zwar richtig, doch die „Innere Struktur“ der Ausführungsebene (Wir-Gefühl der Organisationseinheiten, Selbstverständnis von Aufgaben und Verantwortung für die anvertrauten Bürger, Motivation „Schutzmann“, Nähe, Orts- und Personenkenntnisse ...) zu zerschlagen, wäre ein Desaster. Wer glaubt in ländlichen Zentralorten wie unter anderem Brokstedt (da gehört ein/e zweite/r Schutzfrau/-mann hin!), Friedrichskoog, Lägerdorf, St. Michaelisdonn, Wrist und Wacken) Polizei ohne erhebliche negative Auswirkungen streichen zu können, kennt den Charakter unseres Landes und seiner Menschen nicht.

Bei zu befürchtender Weiterentwicklung eines derartig falschen Zeitgeistes wage ich die Prognose, dass recht bald selbst in Kleinstädten wie Glückstadt, Kellinghusen, Wilster, Meldorf und Marne nur noch gelegentlich polizeiliche Sprechstunden existieren werden. Doch polizeiliche Präsenz ist nicht, wenn man (nur) kommt, wenn der Notruf genutzt wird.

Doch das würde bei weniger Personal und zentralem Einsatz herauskommen; vor allem aber auch Demotivierung der besonders Engagierten, Nichtanerkennung ihres Verantwortungs-

gefühls sowie ihrer Leistungen und ihres polizeilichen Selbstverständnisses.

Andere Flächen-Bundesländer haben den Schritt der Auflösung kleiner Dienststellen mit allen genannten, dann unwiederbringlichen Potenzialen schon hinter sich und bitter bereut.

Auch der bevorstehende Abbau der 41 Schutzleute wird im Artikel nicht eindeutig klar, obwohl die drei Polizeigewerkschaften BdK, DPoG und GdP diese Problematik in einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung in Anwesenheit des Innenministers am 12. April 2012 diskutiert haben – die „Norddeutsche Rundschau“ berichtete mit Überschrift: „Keine Zukunft für den Dorfscherriff.“

Was war tatsächlich geschehen?

Eine beauftragte Arbeitsgruppe hatte in Anerkennung der Tatsache schon heute fehlenden Personals überall im Lande mit wissenschaftlichen Methoden korrekt errechnet, dass es dabei noch härter als Itzehoe und Dithmarschen betroffene Bereiche im Lande gibt. Neu war das nicht.

Fakt bleibt: Eine Personalbedarfsberechnung hat nicht stattgefunden, „lediglich“ zum Ausgleich der anderswo noch höheren Belastung sollen 41 Schutzpolizeibeamte der PD Itzehoe „umgesteuert“ werden.

Umverteilung des Mangels also – ohne Lösung der wirklichen Problemlage eines deutlichen Personalfehls, überall im Lande!

Natürlich muss den anderen Bereichen dringend geholfen werden. Für Dithmarschen und Steinburg wäre eine kompromisslose Umsetzung der Abgabe von Personal sowie der Ab-



bau von ländlichen Stationen jedoch „eine Notoperation am offenen Herzen“!

Wie sagte der ehemalige Landespolizeidirektor Pistol, als er das noch nicht war, im Zusammenhang steter Personalnot. „Wir machen bereits die siebenfache Schweinerolle, mehr geht nicht.“

Heute dürfte bereits fast überall im Lande die zehnfache Schweinerolle gemacht werden, mehr schaffen selbst wir „Überzeugungstäter“ der Polizei nicht.

Zu Recht stellte ein Bürgermeister in Wilster nach kurzer Überschlagsberechnung fest, dass der PD Itzehoe zukünftig etwa 9 000 Arbeitsstunden im

Monat fehlen würden, es folgte die – rhetorische – Frage an den damaligen Innenminister: „Ihre Leute haben doch bisher nicht in der Nase gebohrt?“ Der Sinngehalt dürfte klar sein – eine Antwort gab es auch nicht.

Verantwortungsvolles politisches Handeln im Sinne des Bürgers sähe anders aus.

Auf Dauer wird man sich um die strikte Notwendigkeit einer deutlichen Vergrößerung des polizeilichen Personalkörpers der Landespolizei nicht herumogeln können.

*Jochen Einfeldt,  
stellv. Landesvorsitzender*

## Massengeiselnahmeübung im Hansa Park Sierksdorf

In der Zeit vom 4. bis 6. Dezember 2012 fand auf dem Gelände des Hansa Parks in Sierksdorf erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine große Massengeiselnahme-Übung statt.

Über tausend Spezial-Einsatzkräfte aus ganz Deutschland nahmen an dieser Übung teil.

Sinn und Zweck war es, einmal unter authentischen Bedingungen die taktische Zusammenarbeit bei einer Sonderlage größeren Ausmaßes unter Beteiligung von Kräften aller Bundesländer und der GSG 9 der Bundespolizei zu üben.

Unter anderem waren aus dem Land Schleswig-Holstein circa 400 Kollegen und Kolleginnen angereist, um sich als „Geiseln“



> Spezialkräfte üben im Hansa Park

zur Verfügung zu stellen. Etwa 80 von ihnen waren über die gesamte Übungsdauer „unter der Gewalt der Geiselnahmer“, um die Übung so realitätsnah wie möglich zu gestalten.

Sie hatten sich zuvor freiwillig als Geiseldarsteller zur Verfü-

gung gestellt und waren letztlich tief beeindruckt von dem Gefühl, ohnmächtig in der Hand von Geiselnahmern gefangen zu sein. Mindestens ebenso beeindruckend war es, einmal hautnah den Einsatz der GSG-9-Kräfte zur Beendigung der Lage mitzerleben.

Um es den darstellenden Geiseln noch etwas angenehmer zu gestalten, stellte die DPoIG so einiges an „Naschis“ sowie verschiedene Artikel für den Zeitvertreib (zum Beispiel Kartenspiele und Sudoku-Hefte) zur Verfügung. Dies kam unter den Teilnehmern sehr gut an.

Da ich selbst als Geiseldarsteller an der Übung teilnahm, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich im Namen der teilnehmenden „Geiseln“ für die sehr gute Betreuung durch den psychologischen Dienst und die Betreuer, die ebenfalls während der gesamten 44-stündigen Übung präsent waren und für die Kollegen und Kolleginnen zur Verfügung standen, zu bedanken. Auch die Vorbildliche Einsatzvorbereitung und -nachbereitung durch die Einsatzleitung muss an dieser Stelle einmal ausdrücklich hervorgehoben werden.

*Frank Hesse,  
stellv. Landesvorsitzender*

### Silvesteraktion der Kreisverbände Steinburg und Dithmarschen

Auch in dieser Silvester-Nachtschicht ließen es sich die Vorstände der Kreisverbände Steinburg und Dithmarschen nicht nehmen, den nachdienstverrichtenden Kollegen und Kolleginnen auf den Dienststellen im Bereich der PD Itzehoe einen süßen Neujahrsgruß zu überbringen.

Wie schon im Jahr zuvor wurden Präsentkörbe, gefüllt mit den verschiedensten Knabberereien und Süßigkeiten, an die Kollegen der Nachtschicht übergeben, um sich für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit einmal zu bedanken.

Wir wünschen allen Kollegen und Kolleginnen für das Jahr 2013 alles Gute sowie private und berufliche Zufriedenheit!



> Die C-Schicht des Polizeirevieres Itzehoe



> Regionalleitstelle Elmshorn



> Kollegin und Kollegen der Polizei-Zentralstation Glückstadt